Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein & Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Vogt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Inseratenannahme Marienstraße 14 angenommen bis Ab. 6 Uhr, Sonntag 8 bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Abd. 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfg. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß. 10 Silbergroschen kosten 1½ Ngr. Außerdem können die Zahlung auch auf eine Dresdner Firma anweisen. Die Exp.

Nr. 65. Achtzehnter Jahrgang.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann.

Dresden, Donnerstag, 6. März 1873.

Politisches.

Die Steuerreformfrage ist gestern im Landtag beendigt worden. Gegen die Ansicht der Regierung, der 1. Kammer und einer starken, namentlich aus Vertretern des ländlichen Grundbesitzes zusammengesetzten Minderheit, wurde eine Classen- und Einkommensteuer mit theilweiser Beibehaltung der Grundsteuer beliebt. Die Anträge der Minderheit: eine dem muthmaßlichen, durchschnittlichen mittleren Ertrage der Steuerobjecte entsprechende Grund-, Gewerbe- und Rentensteuer Ertragssteuer, mit einer progressiven Einkommensteuer für die höheren Einkommenstufen von 4- oder 500 Thlr. aufwärts einzuführen, wurden abgelehnt. Was nun die Regierung thun wird, steht dahin. Sie verlangte übereinstimmende oder doch sich nähernde Grundsätze aus beiden Kammern, um leitende Prinzipien für ein künftiges Steuergesetz zu erhalten. Sie hat sich widersprechende Beschlüsse bekommen. Es wird nun an ihr sein, selbst sich eine Meinung zu bilden und auszuarbeiten, auf einen Antrag Streit's aber hin inzwischen die grellsten Uebelstände der jetzigen Besteuerung zu beseitigen. Die Politik der Regierung: sich von dem jetzigen Landtag für den künftigen instruiren zu lassen, war schon deshalb verfehlt, weil der künftige Landtag doch anders zusammengesetzt als der jetzige und an dessen Beschlüsse nicht gebunden ist.

Mit der Deminonde Berlins scheint der neue Polizeipräsident v. Madai fertig werden zu können; der Kampf gegen die Droschkenfuhrwerksbesitzer schwankt noch unentschieden hin und her. Indem wir betreffs des augenblicklichen Standes des Droschkenstrikes auf die bunten Einzelheiten des tagesgeschichtlichen Berichts verweisen, sei hier nur erwähnt, daß es sich in Berlin um einen Doppelstrike handelt: die Droschkenbesitzer striken gegen den Tarif, den der Polizeipräsident entworfen hat; die Kutscher aber striken gegen die Löhne, die ihnen ihre Herren geben wollen. Kutscher wie Herren aber wollen den Krieg zwischen sich unausgetragen lassen, bis der Strike der Herren gegen die Polizei entschieden ist. Dann erst kommt der Strike zwischen den Fahrkünstlern und den Marterwerkzeugbesitzern daran.

Der Generalpostdirector hat dem Bundesrathe (s. Tagesgeschichte) einen Tarif über Packetsendungen vorgelegt, der sich allgemeiner Anerkennung erfreuen wird. — Die Mißstände im preußischen Eisenbahnwesen sollen jetzt durch das Reich geheilt werden. Das Eisenbahnwesen soll zwar nicht auf das Reich übergehen, aber ihm untergeordnet werden. Das Reich soll dreierlei Organe erhalten: ein Reichs-Eisenbahnamt mit einem Reichs-Staatssecretär an der Spitze, einen Reichs-Eisenbahnrath und Reichs-Eisenbahnbevollmächtigte. Wir sind gewiß nicht blind gegen die Vortheile, welche die einheitliche Leitung der eisernen Verkehrsstraßen bieten würde, z. B. billige Tarife. Auch da, wo es z. B. sich um eine Bahn handelt, die durch Thüringen geht, so sind die sogenannten Staatsverträge, welche die Zwergstaaten zu diesem Behufe abzuschließen haben, meist nur formeller Natur. Anders verhält es sich mit Bahnen, die innerhalb eines Landes eigens nach dessen Bedürfnissen gebaut werden. Es würde z. B. den bahnbedürftigen Gegenden Sachsens nicht gerade erwünscht sein, wenn sie ihre Wünsche nicht bei dem sächsischen Finanzministerium und Landtag, wo sie stets freundliche Aufnahme und willige Beachtung finden, vortragen könnten, sondern in Berlin bei den Geheimräthen antichambriren müßten, denen eine Detailkenntniß der Bedürfnisse der verschiedenen Landestheils des ganzen Reiches unmöglich in dem Grade beiwohnen kann, wie der einzelnen Landesregierung und Volksvertretung. Wir hoffen daher, daß die sächsische Regierung seiner Zeit in Berlin die Interessen unseres Volkes mit Kraft wahren werde. Ganz abgesehen davon, daß die Berliner Geheimrathswirthschaft, das Günstlingsunwesen, das Lasker so meisterhaft auf die Armesünderbank gesetzt hat, nicht dazu ermuntert, daß ihnen auch noch andere, als preußische Landestheile, untergestellt werden.

Eine dieser Tage in Wien vorgenommene Zählung der zur Weltausstellung disponiblen Miethwohnungen hat ergeben, daß 8979 Zimmer mit 3498 Cabinetten und 18,278 Betten zur Aufnahme von Ausstellungsgästen verfügbar sind. Diese Ziffern bleiben entschieden hinter der Wirklichkeit zurück, denn viele Besitzer gaben ihre freien Räumlichkeiten aus verschiedenen Gründen nicht an. Die verfügbaren Räume in den Hotels sind in diesen Ziffern nicht innebegriffen.

Nichtblos das Ausland, auch Frankreich ist der Debatten im Versailler Theatersaale herzlich müde. Bald schreibt sich in diesen Zänkereien die Regierung, bald die Rechte den Sieg zu, dann wird wieder eine Versöhnung geschlossen, zuletzt bleibt man auf dem alten Flecke stehen und verlängert das Provisorium. Thiers hatte seiner Zeit mit der Botschaft, welche die Republik definitiv gründen wollte, sich zu weit vorgewagt; die Rechte ist ebenso mit ihrem Anlaufe zur Begründung der Monarchie gescheitert. So hat man nichts weiter erreicht, als sich gegenseitig zu lähmen und muß sich auf den Boden des Vertrags von Bordeaux zurückziehen: d. h. auf den Waffenstillstand der Parteien über die künftige Regierungsform bis zur Räumung des Gebiets. Als der Großsiegelbewahrer Dufaure dieses letztere Programm entrollt hatte, war die Ministerbank, auf der er und Thiers saßen, förmlich belagert. Einige beglückwünschten sie für ihre feste Haltung, die Republikaner machten, wüthend und bleich vor Zorn, ihnen heftige Vorwürfe; einer der ihrigen, Langlois, nannte Thiers geradezu einen Verräther. Seine Bewegungen wurden zuletzt so drohend, daß Langlois mit Gewalt fortgeführt werden mußte, während sich Thiers nach dem Buffet rettete. Ob es Thiers, der vorgestern das Wort ergreifen wollte, gelingen wird, Oel in die Wogen zu gießen und dem Lande die heißersehnte Ruhe zu bringen, wird wohl bald der Telegraph melden.

Die formelle Anerkennung der spanischen Republik wird, wie die gemeinsam handelnde Politik Deutschlands, Oestreichs und Rußlands bezweckt, erst nach Vollendung der parlamentarischen Neuwahlen und dem Zusammentritte der neuen Cortes erfolgen — sehr zum Mißvergnügen der Republik selbst, welche durch die Anerkennung des Auslands Kraft gewonnen, sich der Carlisten und der rothen Revolutionäre zu erwehren. Es ist schwer zu sagen, welche beider Parteien der Republik gefährlicher ist. Mit knapper Noth wurde Madrid vor einem Straßenkampfe bewahrt, zu welchem der geheime Revolutionsrath Alles vorbereitet hatte. Es ist stets die Praxis der Umsturzpartei, augenblicks, wenn ein Königthum gestürzt ist und die aufrichtigen Freunde der Republik an's Ruder kommen, sie bei dem Pöbel in Mißcredit zu bringen, als „Halbe" darzustellen. Neben der neuen republikanischen Regierung setzt sich ein Revolutionscomitee als geheime Regierung nieder, welche die erstere immer weiter treibt und wenn diese endlich auf der Bahn der Unordnung Halt machen will, schließlich mit deren eignen Waffen über den Haufen rennt. Kaum ist die Republik in Madrid dieser Scylla entgangen, so bereitet ihr die Charybdis des Carlistenaufstands neue Gefahren. Die Truppenabtheilungen, welche die Carlisten in der Provinz Lerida verfolgen sollten, weigern sich, ihren Führern Gehorsam zu leisten. Eine Kommission, aus Deputirten der betreffenden Provinz bestehend, hat sich sofort dahin begeben, um die Ordnung wieder herzustellen.

Locales und Sächsisches.

— Landtag. Nachdem eine Beschwerde über die von der Staatseisenbahndirection angeordnete Gestündige Entlassungsfrist der Finanzdeputation zur schleunigen Berichterstattung überwiesen worden war, folgt die Fortsetzung der Debatte über die Steuerreform. Vicepräsident Streit begründet folgenden Antrag: Die Regierung zu ersuchen: 1) der nächsten Ständeversammlung neben dem auf eine principielle Reform der Gesetzgebung über die directen Steuern zu richtenden Gesetzentwurfe auch den Entwurf einer Novelle zu dem Gewerbe- und Personalsteuergesetze vorzulegen, und zwar zu dem Zwecke, für die Zeit bis zum Inkrafttreten einer principiellen Steuerreform jene Gesetze, ohne deren wesentlichste Grundsätze aufzugeben, in denjenigen Richtungen, in welchen Mängel besonders fühlbar geworden sind, zu verbessern, namentlich die Steuerexemtionsbefugnisse zu beseitigen und eine genauere Ermittelung der Rentensteuerpflichtigen zu sichern, und 2) für den Fall, daß durch eine solche Verbesserung der bisherigen Gewerbe- und Personalsteuergesetzgebung eine wesentliche Mehreinnahme an Gewerbe- und Personalsteuer voraussichtlich erzielt werden sollte, der nächsten Ständeversammlung eine weitere Vorlage machen, durch welche für die unter 1 gedachte Zeit die procentliche Grundsteuer verabgesetzt wird. Für die Steuerreformvorschläge der Minderheit der Deputation sprachen außer dem Referenten Günther, Abg. Oehmichen und Streit, für die Majorität, jedoch unter mancherlei Einschränkungen und aus verschiedenen Gründen Ref. Dr. Genfel, Fahnauer, Schneer, Dr. Leistner und Krause. Für die reine Einkommensteuer erklären sich nur Dr. Reinsch und Lange. Eine pikante Episode bildet der Angriff Dr. Leistner's auf die Steuervorschläge der Minderheit. Da diese nämlich eine Mannichfaltigkeit der Steuern der reinen Einkommensteuer vorzieht, so nennt Leistner, der für die letztere eingenommen ist, jene Vorschläge, die 4 Steuerarten neben einander bestehen lassen, ein Monstrum und fragt, warum man nicht lieber noch eine 5. Steuer, etwa die türkische Kopfsteuer vorschlage? Dem entgegnet Günther, daß Leistner am wenigsten Ursache habe, sich nach einer neuen Steuer umzusehen, da ihm z. B. eine Steuer auf kühne Behauptungen und unbegründete Beschuldigungen sehr hart treffen würde. Dem Streit'schen Antrage (der, wie Vicepräsident Streit bemerkt, gestellt ist, um, bevor es zu einer gründlichen Steuerreform kommt, was mindestens noch 4 Jahre dauern würde, wenigstens die schlimmsten Schattenseiten der jetzigen Besteuerung zu beseitigen) schließen sich Dr. Genfel und Günther nur bedingt an. Letzterer fürchtet, daß, wenn die grellsten Unregelmäßigkeiten beseitigt würden, es noch schwieriger als jetzt sein werde, zu einer durchgreifenden Steuerreform zu gelangen. Ehe es zur Abstimmung kommt, äußert der Finanzminister v. Friesen, der sich bisher in die Debatte nicht gemischt hat: es würde der Regierung sehr erwünscht sein, wenn in einer so schwierigen Frage, wie die der Steuern, wo in der Literatur, Wissenschaft und Praxis im Volk und Landtag sich die Meinungen so schroff entgegenstünden, sich die Kammern über gewisse Grundprincipien einigten, damit auf Grund derer die Regierung für den nächsten Landtag eine Steuervorlage ausarbeite. Er empfiehlt die von Günther und der Minderheit ausgearbeiteten Vorschläge, die an die Beschlüsse der 1. Kammer anknüpfen. Natürlich sollten nicht alle Einzelheiten dieser Vorschläge damit befürwortet sein, man behielte freie Hand. Die Regierung würde alsbald eine Commission von Sachverständigen und Steuerbeamten einberufen können, um für den nächsten Landtag eine solche Vorlage auszuarbeiten. Einstweilen empfiehlt er jedoch den Streit'schen Antrag, welcher gestatte, eine Verbesserung der Rentensteuer, die entschieden zu wenig bringe, vorzunehmen und ebenso die Quoten der Kaufleute und andere Schattenseiten der letzigen Steuern zu beseitigen. Die hierbei zu machenden Erfahrungen würden dem künftigen Steuergesetze zu Gute kommen. — In der Abstimmung wird der Antrag von Dr. Reinsch und Philipp: „An Stelle der bisherigen Gewerbe- und Personalsteuer, sowie der bisherigen Grundsteuer ist eine allgemeine Einkommensteuer einzuführen" gegen 13 Stimmen abgelehnt. Hierauf werden folgende Sätze der Mehrheit mit 43 gegen 30 Stimmen angenommen. An Stelle der bisherigen Gewerbe- und Personalsteuer, sowie zum Ersatz eines Theiles der bisherigen Grundsteuer ist eine allgemeine Classen- und Einkommensteuer einzuführen. Zur Ausgleichung des beizubehaltenden Theiles der Grundsteuer in sich ist eine neue Abschätzung der Gebäude und Liegenschaften vorzunehmen. Die Höhe der Grundsteuer ist so festzustellen, daß unter gewissen Voraussetzungen, von jetzer Steuereinheit nach der neuen Abschätzung ein Pfennig zu erheben sein würde. Zuschläge zur Grundsteuer sollen nicht erhoben werden. Für diese Anträge stimmen: Anton, Beck, Dr. Biedermann, Dietel, Eule, Fahnauer, Dr. Genfel, Häckel, Dr. Hahn, Heinze (Dolgowitz), Jordan, Israel, Jungnickel, Klemm, Körner, Krause, Kürzel, Lange, Dr. Leistner, Ludwig, Mannsfeld, May, Dr. Meißchner, Dr. Minkwitz, Mosch, Dr. Panitz, Penzig, Petri, Philipp, Pornitz, Querner, Dr. Reinsch, Riedel, Dr. Schaffrath, Schneer, Schreck, Dr. Schubert, Stauß, Streit, Uhle, Walter, Dr. Wigard, v. Zahn. Dagegen stimmen: Adler, Barth (Radedeul), Barth (Stenn), Beer, v. Einsiedel, Gräser, Günther, Haberkorn, Dr. Heine, Heinze (Waldkirchen), Käsenstein, Kuechtel, Rückert, v. Könneritz, Kreller, Mehnert, Oehmichen, Päßler, Pezold, Dr. Pfeiffer, Sachße, Schmidt, Schubert, Schulze, Starke, Strauch, Strobel, Sunderhauf, Uhlemann, Zumpe. Weiter beschließt die Kammer mit 37 gegen 33 Stimmen: Auf Grund der über die Ergebnisse der Classen- und Einkommensteuer zu sammelnden Erfahrungen ist dann anderweit Entschließung darüber zu fassen, ob und unter welchen Modalitäten die Grundsteuer vollends zu beseitigen, oder ob sie den Bezirken für ihren Bedarf zu Straßen-, Brücken-, Uferanlagen und dergleichen zu überweisen sei. Endlich nimmt die Kammer eine Anzahl von Grundsätzen über die Classen- und Einkommensteuer, sowie die Grundzüge der künftigen Organisation der Abschätzungsbehörden, endlich Anträge auf jährliche Wiederholung der Einschätzungen und die Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen an. Der Streit'sche Antrag wurde gegen 6 Stimmen angenommen. — Druckfehlerberichtigung: Abg. Ludwig hat nicht bemerkt, sondern bemerkt, daß er einen Bericht über Beseitigung der I. M. jetzt nicht mehr liefern könne.

— Dem Vernehmen wird demnächst der Herr Oberhofmarschall v. Friesen aus seiner bisherigen Hofstellung ausscheiden und in den Ruhestand treten. Bezüglich seines Nachfolgers fehlt es nicht an den verschiedensten Combinationen.

— Dieser Tage war ein inspicirender preußischer Oberbeamter im Auftrage des deutschen Reichskanzleramts in Dresden anwesend, um die hiesigen Münz-Einrichtungen kennen zu lernen. Es gereicht Sachsen zur steten Genugthuung, daß gedachter Herr die hiesigen Einrichtungen als die besten und mustergiltigsten befand und sich mit der größten Anerkennung über dieselben äußerte.

— Die „K. Z." schreibt: Se. Majestät Hofprediger Herr Kohlhoff begann gestern die von ihm angekündigten Vorträge über die kirchlichen Fragen der Gegenwart im Meinhold'schen Saale. (Der für wissenschaftliche Vorträge sonst gern überlassene Zwinger saal war ihm von der Generaldirection der königl. Sammlungen abgeschlagen worden!) Es waren ungefähr 200 Hörer anwesend, worunter jedoch viele Neugierige. Der erste Vortrag betraf „Die liberale Toleranz" und hatte einen durchweg aufreizenden Charakter, indem er die katholische Kirche als verfolgt und bereits aus 1000 Wunden blutend darstellte. Die „Dresdner Schwach- und Schandpresse" und die Behörden, welche z. B. Unfläthereien, wie den „Jesuiten-Tingel-Tangel" duldeten, kamen dabei natürlich schlecht weg, und wollen wir aus dem Allerlei und Mancherlei, was Herr Potthoff vorbrachte, nur die Behauptung erwähnen, daß Jesuiten in Sachsen nur 1866 dagewesen seien und zwar gerufen vom Fürsten Bismarck, der sie amtlich verwendet habe (!!). Im Uebrigen macht der Redner durch seine innere und äußere Beredtsamkeit, wie durch seine ganze Erscheinung, ganz denselben Eindruck, den man von echten Jesuiten (in Wien z. B.) zu empfangen pflegt.

— Unsere Postverwaltung ist nicht ohne Vorliebe für Romantik — wo es mit dem schnellen Zeitgeist vereinbar erscheint: Sie ließ neuerdings auf einige Briefkasten recht hübsche Posthörner malen — Erinnerung an die gemüthliche alte Zeit der gelben Kutsche. Auch finden sich hie und da gemalte Briefe mit fünf brennend rothen Siegeln, wahrscheinlich damit ein Gottfried die Briefkästen nicht mit Wasserleitungskästen verwechselt.

— In Bezug auf den Rettungsact bei Blasewitz schreibt uns die Direction der Dampfschifffahrts-Gesellschaft Folgendes zur Berichtigung: „Bootsmann Buchmann war an jenem Abend bereits in Blasewitz gelandet und die Schaluppe fest gemacht, und wegen Einkassirung des Fährgeldes auf die Kahnbank an die Laterne getreten, als er auf einmal die Rufe des im Kahn stehenden wohlen Dienstmannes „Vater" rufen hört. Er sah, da es am Lande nicht tief ist, die dunklen Umrisse im Wasser, sprang hinzu und half den Mann herausnehmen. Der Dienstmann soll allerdings in wankelmüthigem Zustande gewesen sein, denn noch auf dem Lande mußte er gestützt werden müssen."